Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 70/71
Fernsprecher:
Schriftleitung: Amtsamt 614, 964, 965, 1850, 1582, 1582. Für Nachtgespräche: 3580.
Geschäftsstelle: Amtsamt 1909, 3328, 3304.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 309. Dienstag, 1. Juli 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Clemenceau über den Frieden.

Eigene Drahtmeldung.

R. Basel, 1. Juli.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer, in der von der Regierung der Gesetzentwurf über Ratifizierung des Friedensvertrages eingebracht wurde, feierte bei Eröffnung der Sitzung Präsident Deschanel die Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich. Nach ihm wies Clemenceau in begeisterter Rede auf den glorreichen Sieg Frankreichs und seiner Verbündeten hin und sagte in Bezug auf den Frieden, daß er so durchgeführt werde wie der Krieg, d. h. ohne Schwäche. Auf die innere Politik des Landes eingehend, führte er etwa aus:

„Für diesen Frieden Frankreichs, diesen Frieden der menschlichen Größe, dessen Vorzeichen wir erst erkennen, müssen wir das gute Beispiel geben, wenn wir wollen, daß der erworbene Zuwachs, auf den wir ein Anrecht haben, uns erhalten bleibt. Es muß sofort dafür gesorgt werden, daß dieser Friede ohne Ueberstürzung sowohl ein Friede unter den befreundeten Waffen wie auch mit jenen sein kann, über die wir siegten. Der allgemeine Friede würde nur eine Fata Morgana sein, wenn wir nicht imstande wären, unter uns selbst im Frieden zu leben. Zu diesem Zweck müssen ohne Zweifel die alten Konflikte in Wegfall kommen; hüben und drüben wird man sich bemühigen müssen. Denn wenn der kriegerische Geist irgend wo weiter bestehst, so würde diese Tatsache bedeuten, daß der bürgerliche Friede in dem Augenblick dem Verrate anheimfällt, in dem wir ihn sichern sollen. Wie oft wir auch unsere Kräfte in politischen und sozialen Kämpfen messen, die soziale Einigkeit blieb die Grundfeste des Vaterlandes. Geben wir nun alle ans Werk, eine Einigung zu schaffen. Wir müssen uns beeilen. Die Regierung wird mit gutem Beispiel vorangehen. Sie wird versuchen, was in ihren Kräften steht, nach und nach eine Friedensordnung an die Stelle der Kriegszeit zu setzen."

Zum Schlusse betonte Clemenceau, der Wunsch der Demokraten bestehe darin, daß das deutsche Volk als letzte Instanz entscheide.

Der Pariser Mitarbeiter der „Baseler Nachrichten" bemerkt zu Clemenceaus Rede, sie sei nicht die eines Mannes gewesen, der im Sinne habe, abzudanken. Der Berichterstatter gibt dann der Erwartung Ausdruck, daß Clemenceau auch während der neuen Wahlen die Leitung behalten werde. Während die überwältigende Mehrheit der Kammer Clemenceau begeistert zustimmte, verharrten die Sozialisten in einer kalten und feindlichen Haltung. Auch die gestrige Sitzung des Senats gestaltete sich zu einer lebhaften Kundgebung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Friedenssitzung des Unterhauses.

Reutermeldung.

London, 30. Juni.

Im Unterhaus wurde Lloyd George beim Betreten des Unterhauses eine große Huldigung gebracht. Die Mehrzahl der Mitglieder erhob sich von ihren Sitzen, jubelte und winkte ihm zu. Mitglieder der linken Opposition blieben eine Zeitlang sitzen. Die Mehrzahl davon erhob sich jedoch nach wiederholter Aufforderung von seiten des übrigen Teiles des Hauses. Die Mitglieder der Arbeiterpartei blieben sitzen. Hierauf sangen die Mitglieder des Hauses die Nationalhymne. Nach Beendigung der Nationalhymne wurden drei Hochs ausgebracht. Zwei Mitglieder der Arbeiterpartei blieben während der Absingung der Nationalhymne sitzen.

Das Mitglied der National-Demokratischen Partei Seddon lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Arbeiterpartei, die der Krone den Treueid geschworen hätten, Achtungsverletzung dadurch gezeigt hätten, daß sie bei einer großen Gelegenheit sitzen geblieben seien. Seddon fügte hinzu, er hoffe, daß dies protokolliert werde. (Großes Gelächter.)

Lloyd George erklärte, der Vertrag ist der umfassendste, weitreichendste Vertrag, der jemals abgeschlossen sei, was die Zahl und die Macht der davon betroffenen Nationen, die enorme Verschiedenheit der in Betracht kommenden Interessen, die Größe der in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete und die darin verkörperten vielversprechenden neuen Versuche betreffe, die den ganzen Charakter der Dinge in der Welt ändern und dem Schicksal der Menschheit eine neue Richtung geben können. Er werde am Donnerstag einen Gesetzentwurf einbringen, um die Regierung instand zu setzen, die Bestimmungen des Vertrages zu verwirklichen, und eine Erklärung über den Vertrag und das Verfahren für seine Durchführung abgeben.

Bottomley fragte, ob irgend welche Schritte bei den holländischen Behörden getan worden seien, um ein Entkommen des Kaisers zu verhindern. Harmsworth erwiderte, die verbündeten Regierungen hätten durch ihren Vertreter im Haag der niederländischen Regierung die Notwendigkeit vorgehalten, die entsprechenden Schritte zu tun, um eine Abreise des früheren Kaisers auf Holland zu verhindern. Auf eine weitere Anfrage erklärte Harmsworth, daß keine Verhandlungen wegen des früheren Kaisers mit den Niederlanden eingeleitet worden seien.

Der erschwerte Aufenthalt in Frankreich.

R. Basel, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das „Journal" mitteilt, sieht der der französischen Kammer unterbreitete Entwurf für die Aufenthaltsbestimmungen fremder Staatsangehöriger die Einführung einer Identitätskarte vor. Sie muß von den Fremden, die die Absicht haben, sich in Frankreich aufzuhalten, beschafft werden und ihre Nichterteilung kommt der Aufforderung gleich, das Land innerhalb einer bestimmten Frist zu verlassen. Durchreisende bedürfen eines Identitäts- und Nationalitäts-Ausweises seitens ihrer Logiswirte. Fremde, die ein Gewerbe oder einen Beruf ausüben wollen, müssen außerdem eine besondere Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde, in der sie sich niederlassen wollen, beibringen. Aktiengesellschaften, deren Direktoren, Verwaltungs- und Aufsichtsräte nicht französischer Nationalität sind, haben nicht die Qualifikation französischer Gesellschaften. Die Regierung behält sich das Recht vor, Fremden das Betreten und Verweilen in ihrem Gebiet zu untersagen, wenn allgemeine oder persönliche Interessen es notwendig erscheinen lassen. Außerdem können in den großen Departements Fremde ohne Ermächtigung für die Dauer von über 18 Jahren Immobilien weder erwerben noch mieten.

Einmarsch der Truppen in Hamburg.

Alle öffentlichen Gebäude besetzt.

Eigene Drahtmeldung.

Hamburg, 1. Juli.

Gegen 1 Uhr 45 Min. nachts trafen die Truppen aus der Umgebung Wandsbeks mit einem Panzerautomobil und begleitet von drei Lastautomobilen mit Besatzung in Wandsbek ein und setzten in der Richtung Eilbek ihren Vormarsch fort. Ihnen folgte ein bayerisches Jägerbataillon. Der Einzug der Regierungstruppen in Hamburg fand von fünf Seiten gegen 4 Uhr morgens statt.

An dem Einzug beteiligten sich u. a. die Reichswehrbrigade Nr. 9, die Brigade Schleswig-Holstein, ferner **magdeburgische und bayerische Truppen. Sächsische Truppen zogen nach dem Hafen, um in Gemeinschaft mit der Eisernen Division die Ordnung dort aufrechtzuerhalten. Die Stimmung und Haltung der Soldaten waren vorzüglich. Halbstarke in ihrem charakteristischen Aufputz drückten sich schon an den Truppen vorüber.**

Bis auf die Explosion einer Mine in Eppendorf, durch die aber glücklicherweise niemand verletzt wurde, vollzog sich der Einmarsch der Regierungstruppen ohne Zwischenfall. Hauptbahnhof und Rathaus sowie alle anderen öffentlichen Gebäude wurden besetzt; der Rathausmarkt ist mit Stacheldraht abgesperrt. Falls die Hamburger Bevölkerung den Regierungstruppen keinen Widerstand entgegensetzt, wird beabsichtigt, in dem Belagerungszustand in den nächsten Tagen Milderungen eintreten zu lassen.

*

Nach ergänzenden Meldungen des W. T. B. entwickelt sich der Einmarsch der Reichswehrtruppen von allen Richtungen planmäßig. Das bayerische Schützenkorps ist in Altona eingetroffen.

Lettow-Vorbecks begrenzte Aufgabe.

In der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit" wird unter dem Ausruf „Die Maske fällt" die Meldung gebracht, Lettow-Vorbeck sei zum Staatskommissar für Hamburg ernannt und stehe im Begriffe, dort die Gegenrevolution im kleinen vorzubereiten.

General von Lettow-Vorbeck leitet lediglich die militärischen Operationen, Senat und Bürgerschaft, wieder in ihre Rechte eingesetzten Gewalten, Senat und Bürgerschaft wieder in ihre Rechte einzusetzen. Daß die obige Nachricht frei erfunden ist, geht schon daraus hervor, daß der bisherige Staatskommandant Lampl zum Staatskommissar für Hamburg ernannt ist. Ebenso unberechtigt wie die Meldung selbst sind alle düsteren Betrachtungen, wel he die „Freiheit" an ihre falsche Vermutung knüpft.

Die Einsprüche gegen südslawische Vergewaltigung.

St. Germain, 30. Juni. (Wiener Korr.-Bureau.) Infolge des gewalttätigen Vorgehens der südslawischen Truppen in Südsteiermark und Kärnten ist die deutschösterreichische Friedensdelegation wiederholt an den Obersten Rat der alliierten und assoziierten Mächte in Paris herangetreten. Nunmehr hat die Friedensdelegation durch die Wiener Regierung von einem Telegramm des Obersten Rates Kenntnis erlangt, wonach die südslawische Besetzungszone sich bis knapp an die Tore Klagenfurts erstrecken soll. Die deutsch-österreichische Friedensdelegation hat gegen diese Demarkationslinie, die eine stete Bedrohung der Landeshauptstadt darstellt, eingemeindet, daß hiermit die regelmäßige Lebensmittelversorgung in Frage gestellt, die Stadt von ihrem Elektrizitätswerke und Wasserreservoir getrennt und das Lavantiel vom Verkehr mit den übrigen Teilen Kärntens abgeschnitten wäre.

Die Ratifikation des Friedens.

Die Freilassung unserer Gefangenen und die Aufhebung der Blockade, die erst nach der Ratifikation des Friedens erfolgen soll, lassen deren baldige Herbeiführung sehr wünschenswert erscheinen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, liegen aber feste Entschließungen nach dieser Richtung zur Stunde noch nicht vor. Der Grund dürfte darin liegen, daß noch eine Reihe von Vorfragen, so besonders die genaue Grenzfestsetzung in den abgetretenden Gebieten, erledigt werden müssen.

Für die Ratifikation des Friedens wird auch die preußische Landesversammlung mitwirken müssen, da nach Artikel 1 der preußischen Verfassungsurkunde aus dem Jahre 1849, die nach dem Gesetz über die vorläufige Ordnung der Staatsgewalt in Preußen verfassung noch in Kraft ist, zu allen Gebietsabtretungen die Zustimmung der gesetzgebenden Gewalten, also neben der Staatsregierung auch die der Kammer (verfassunggebender Preußischer Landesdeverkammlung) erforderlich wird.

Rückbeförderung Deutscher aus Riga.

Drahtnachrichten aus Kopenhagen zufolge haben lettische Truppen Riga eingenommen. Wir erfahren hierzu von zuständiger Stelle, daß die Reichsregierung einen Schiffsverkehr nach Riga eingerichtet hat, um nach Möglichkeit die dort zurückgebliebenen Deutschen in die Heimat zurückzubefördern.

Die Fortsetzung der Kolonialpolitik.

Zu den Pressenachrichten über eine bevorstehende Auflösung des Kolonialamtes erfahren wir, daß von einer sofortigen Auflösung noch nicht gesprochen werden darf. Ganz abgesehen von der Frage der Fortsetzung der Kolonialpolitik in irgendeiner Form nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, wird das Reichskolonialamt vorläufig noch auf längere Zeit hinaus mit einer großen Anzahl von Abwicklungsarbeiten beschäftigt sein.

Der ergänzende Vertragstext für Oesterreich.

R. Basel, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Einer Pariser Hadasnachricht zufolge wird der Verband Ende dieser Woche der österreichischen Delegation den ergänzenden Text des Vertrages, der Bezug auf die finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln nimmt, zukommen lassen.

Das türkische Problem.

R. Basel, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das „Echo de Paris" zu dem türkischen Problem und zu dem Briefe Clemenceaus an den Präsidenten der türkischen Delegation mitteilt, wollen die verbündeten Mächte erst unterrichtet sein über das künftige Schicksal des ottomanischen Reiches regeln. Was die europäische Türkei anbelangt, so scheint man neuerdings der Gewährung eines Mandats an Amerika hinzuneigen. Vor der Annahme eines solchen Mandats müsse jedoch Präsident Wilson zunächst mit der öffentlichen Meinung Amerikas wieder in Fühlung getreten sein. Die Lage in der Türkei sei kritisch. Das Ministerium werde von den Elementen des Komitees für Einheit und Fortschritt bedroht, das mit wachsender Bösartigkeit die Vornahme von Wahlen fordere, von denen es glaube, daß sie zu seinen Gunsten ausfallen würden. Die christlichen Wähler hätten nun ihre Absicht bekundet, ihre Stimme nicht abzugeben. Das Ministerium werde der Schwäche beschuldigt, weil es gegen die Besetzung von Smyrna durch die Verbündeten nicht genügend kräftige Schritte unternommen habe. In Kleinasien bildeten sich gefährliche türkische Banden.

Der Entschluß der Nordostbahn.

Der parlamentarische Aktionsausschuß Nord hielt am 28. Juni im Landesbahnhof zu Danzig eine Sitzung ab. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Ratifizierung des Friedens eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Vergewaltigung des Ostens eingelegt werden soll. Zu diesem Zwecke sollen die Abgeordneten der Gebiete, für die der parlamentarische Aktionsausschuß Nord gebildet ist, nach Berlin zu einer Gesamtsitzung berufen werden.

Der Aktionsausschuß ist der Ansicht, daß die Bevölkerung des Ostens mit dem Spruch der Nationalversammlung sich abfinden und muß. Jedoch aber die Bevölkerung die drückenden Pflichten des Gewaltfriedens auf sich nimmt, wird sie andererseits die ihr verbrieften Rechte mit aller Entschiedenheit wahren. Insbesondere muß daran festgehalten werden, daß bis zum Inkrafttreten des Friedens die Hoheitsrechte in den Ostgebieten dem Deutschen Reiche verbleiben. Bis zu diesem Zeitpunkte werden sie auch gegen jeden gewaltsamen Uebergriff geschützt werden. An die in den Abstimmungsbezirken wohnenden Deutschen richtet der Aktionsausschuß die dringende Bitte, die Volksbann beschaltaten und sich bei der Stimmabgabe weder durch Drohungen, noch durch Lockungen beirren zu lassen. Mögen sie nach wie vor treu zur deutschen Volksgemeinschaft stehen. Erst kommt der Tag, da ein gerechter Richterspruch der Weltgeschichte das Unrecht von Versailles wieder gutmachen wird.

Der Fünfzehner-Ausschuß der deutschen Volksräte, der in Danzig tagte, hat sich aufgelöst. Die Mitglieder haben Danzig verlassen.

Die Rechtsabteilung des Völkerbunds.

Haag, 30. Juni. Nach dem Korrespondenzbureau hat der Generalsekretär des Völkerbundes den niederländischen Professor Jan van Hamel ersucht an die Spitze der Abteilung für Recht zu treten. **Hamel hat sich zur Uebernahme des Amtes bereit erklärt.**

Sicherung der deutsch-katholischen Mission.

Von unserem vatikanischen B-Mitarbeiter.

Nach Mitteilungen aus vatikanischen Kreisen wurde das für den 26. Juni bestimmte geheime Konsistorium vertagt, aber, wie gemeldet wird, nicht für lange, sondern wahrscheinlich nur für eine Woche. Diese Vertagung liege in einem inneren Zusammenhange mit der erfolgreichen Sendung des Monsignore Cerretti zur Pariser Friedenskonferenz.

Gestützt auf seine guten Beziehungen zu Oberst House, wie seine Bekanntschaft mit Wilson erreichte Monsignore Cerelli eine Aenderung des Art. 438 des Friedensvertrages dahingehend, daß die katholischen deutschen Missionare nicht ihres Missionsberufes beraubt werden. In Zukunft sollen die deutschen Missionen in den früheren deutschen Kolonien einer internationalen katholischen Kommission anvertraut werden, welche darüber zu wachen hat, daß die deutschen katholischen Missionare sich lediglich ihrem geistlichen Berufe widmen und nicht versuchen, irgendeinen Einfluß für deutsche Interessen geltend zu machen. Die Kommission untersteht für diese Zwecke der propaganda fida beim Vatikan.

Auf diesen großen vatikanischen Erfolg, in der italienischen Presse ein Sieg genannt, wird Papst Benedikt in der erwarteten politischen Ansprache im geheimen Konsistorium Bezug nehmen, wie auch nach den vorliegenden Meldungen zum Friedensvertrage überhaupt. Bei dieser Gelegenheit dürfte der Papst nochmals auf die von Spanien beteiligte und im Londoner Vertrag in Art. 15 festgelegte Aufschließung des Vatikans von der Friedenskonferenz hinweisen. Denn es ist auffallend, daß am Vorabend des Konsistoriums ein Leitartikel des „Osservatore Romano" (Nr. 161), betitelt: „Unicuique suum" gegen das von vielen Seiten geschürte Mißtrauen wider das Kabinett Nitti-Tittoni schließt: „Es steht daher außer Zweifel, daß der Hauptverantwortliche, wenn nicht Alleinverantwortliche für die düstere Stunde, welche Italien auf internationalem Gebiete durchlebt, uns Sonnino ist."

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin ist seit heute morgen ohne Verkehrsmittel. Die Straßenbahner sind ebenso wie die Angestellten der Hochbahn in den Streik eingetreten. Infolge der Arbeitseinstellung eines wesentlichen Teiles der Eisenbahnarbeiter ist es auch der Eisenbahndirektion Berlin nicht möglich gewesen, in den letzten Tagen den Ring- und Vorortverkehr völlig aufrecht zu erhalten. Die Eisenbahnverwaltung mußte benachrichten, daß infolge des Verkehrsstreiks der Straßenbahn und der Hochbahn ein ungeheurer Andrang auf den Vorort- und den Ringverkehr sich geltend machen würde, ein Verkehr, wie man ihn bei dem eingeschränkten Betrieb der letzten Tage unmöglich hätte bewältigen können. Infolgedessen sah man sich genötigt, um Zwischenfälle, die unbedingt eingetreten wären, zu vermeiden, nun den ganzen Verkehr einzustellen. So waren infolgedessen die Verkehrsstreiks der Straßenbahn und der Hochbahn ein ungeheurer Andrang auf den Vorort- und den Ringverkehr sich geltend machen würde, ein Verkehr, wie man ihn bei dem eingeschränkten Betrieb der letzten Tage unmöglich hätte bewältigen können. Infolgedessen sah man sich genötigt, um Zwischenfälle, die unbedingt eingetreten wären, zu vermeiden, nun den ganzen Verkehr einzustellen. So waren infolgedessen die Verkehrsstreiks der Straßenbahn und der Hochbahn mit dem Zentrum abgeschnitten. Ansichtlos sind andere, die ihr Beruf nach dem Zentrum führte, mußten entweder den Weg zu Fuß zurücklegen oder sich der wilden Verkehrsmittel bedienen, die in Gestalt von Gemüsewagen, Kohlenwagen und sonstigen Gefährten sämtl zur Personenbeförderung eingerichtet worden waren. Diese Art von Verkehrsmitteln, die man ja schon aus den letzten Streiks der Straßenbahn und Hochbahn kenni, waren wieder in großer Masse überall bereit und fanden gewaltigen Zulauf. Meist überfüllt, forgten sie dafür, daß solche, die den gar zu weiten Fußweg scheuten, Gelegenheit hatten zu einer wenn auch unbequemen Beförderung in die Stadt. Zum Teil waren allerdings die Preise, die sie forderten, recht hohe. Daneben wurden Fahrräder, Rollschuhe und dergleichen zahlreich benutzt, um in die Stadt zu gelangen. Das Straßenbild hat manches Ungewöhnliche und Belustigende, wie die Passanten sich denn überhaupt nach Berliner Art mit Humor in diese neue Situation hereinfinden fügten. Die Schuljugend hatte den Vorteil, daß zum Teil infolge des Fehlens von Lehrkräften die Schulen geschlossen werden mußten. Auch in den Geschäften fehlte vielfach ein wesentlicher Teil des Personals. Trotzdem wurde der Geschäftsverkehr überall aufrecht erhalten; die Läden waren geöffnet, und der Kaufverkehr spielte sich in der normalen Weise ab.

Den Anstoß zu dem Verkehrsstreik hat bekanntlich das Personal der Straßenbahnen gegeben. Mit diesem Personal war im Januar ein Abkommen getroffen, demzufolge der weitaus größte Teil der Straßenbahnangestellten damals eine einmalige Entschädigungszulage von 500 Mark bekommen hatte. Die Löhne stellten sich nach diesem Abkommen in der ein Schaffner ein Einkommen von 4800 bis 6000 Mark pro Jahr, ein Fahrer ein solches von 5112 bis 6312 Mark erhielt. Das bedeutete damals zugleich mit der Einführung des Achtstundentages eine jährliche Mehrausgabe für die Straßenbahn von rund 42 Millionen. Dieser Lohntarif wurde am 1. April bis zum 30. Juni verlängert. Am 5. Juni wurde dann zwischen dem Arbeitgeberverbande der deutschen Straßenbahn einerseits und dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Straßenbahner andererseits ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, demzufolge die Ortsgruppe Berlin neue Forderungen für die Erhöhung des Lohntarifs über den 30. Juni hinaus stellte und in der Hauptsache eine neue Entschädigungsbeihilfe von 700 Mark pro Kopf verlangte. Das würde für die Große Berliner Straßenbahn allein eine Neuausgabe von mindestens 14 Millionen bedeuten. Die Direktion der Straßenbahn teilte sich auf den Standpunkt, daß sie diese Forderungen nicht erfüllen könne. Nach dem Tarifvertrag wurden jetzt die Forderungen an den Schlichtungsausschuß verwiesen. Gegen den Schiedsspruch dieses Ausschusses erhoben die Arbeitnehmer Berufung beim Hauptausschuß. Der Hauptausschuß fällte eine Entscheidung, die von den Arbeitnehmern nicht anerkannt wurde, trotzdem nach dem Tarifvertrag diese Entscheidung endgültig und bindend sein mußte. Die Straßenbahner traten darauf in den Streik ein, da die Arbeitgeber ein weiteres Nachgehen ablehnten.

So liegen die Dinge zurzeit. Ob und unter welchen Voraussetzungen eine Einigung möglich sein wird, ist ganz unübersehbar. Mit Sicherheit wird Berlin diesmal mit einem Verkehrsstreik von mehrtägiger Dauer rechnen müssen. Begreiflich ist, daß überall im Reiche von den Straßenbahnangestellten die Tarifverträge anerkannt wurden. Nur Berlin allein wieder einmal muß den Streik über sich ergehen lassen, weil die Straßenbahner mit den Tarifen, wie sie auch in anderen Orten aufgerufen gekommen sind, nicht zufrieden waren. Die Ursache liegt unzweifelhaft auf wirtschaftlichem Gebiet. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß darüber hinaus ein politischer Hintergrund hinter der ganzen Bewegung steht. Diejenigen, die den Streik inszenierten und die heute noch die Leitung des Streiks in Händen haben, dürften in kommunistischen und unabhängigen Kreisen zu suchen sein. Freilich halten sich die eigentlichen Leiter des Streiks bisher völlig im Hintergrunde. Um so schwieriger ist es natürlich, durch Verhandlungen den Streik beizulegen, weil die Straßenbahnangestellten von unverantwortlichen Elementen immer aufs neue angestachelt werden, sich auf Verhandlungen, die ein Nachgehen bedingen, nicht einzulassen. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, welche Gefahren für unser Wirtschaftsleben in diesem immer erneuten Hineintragen der Unsicherheit in unsere wirtschaftlichen Verhältnisse liegt. Derartige Streiks müssen dazu beitragen, die Zerfahrenheit unserer Lage nicht nur im Innern zu mehren, sondern auch die Durchführung des Friedens zu erschweren. Und es ist bedauerlich, daß gerade Berlin immer wieder in erster Linie dazu beiträgt, diese Zerfahrenheit zu vergrößern. Den politischen Drahtziehern ein radikalen Lager liegt natürlich daran, die Unsicherheit nach Möglichkeit zu schären, um sich daraus für ihre Zwecke Vorteile zu sichern. Man sollte aber doch meinen, daß endlich auch die Massen, die heute noch willenlos diesen Hetzereien Gehör schenken, endlich einsehen, daß es ihr eigener Schade ist, wenn nicht endlich die Ruhe einkehrt.

*

In der Streiklage hat sich seit gestern nichts geändert. Mit dem Eintritt des Stillstandes der Straßenbahn und Hochbahn hat, wie angekündigt war, auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahn den Verkehr eingestellt. Nach den Betriebsverhältnissen werden lediglich Personalzüge abgelassen, die für das Publikum nicht benutzbar sind. Den Fernbahnverkehr hofft man auch weiterhin aufrecht erhalten zu können. Die Regierung ist fest entschlossen, die Arbeitswilligen mit allen Mitteln gegen die Vergewaltigungen der heutigen Minderheit zu schützen, und wird, um dies Ziel zu erreichen, vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückschrecken. Es ist selbstverständlich, daß der Streik der Beamtenschaft sich nur auf Berlin beschränkt; in Schlesien und im übrigen Ostelbien haben sich die Beamten durchaus